

### **Regionalstudie „Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum“**

Die Interaktion zwischen rechtsextremen und demokratischen Akteuren ist in einigen Regionen Ostdeutschlands von einem nur massenmedial vermittelten Phänomen zu einem unmittelbar erfahrbaren Teil des politischen Alltags vor Ort geworden. Dabei stellt insbesondere im ländlichen Raum der mancherorts sogar als kommunalpolitische Kraft etablierte Rechtsextremismus demokratische Akteure vor besondere Herausforderungen. Während sich das Projekt „Zivilgesellschaft stärken!“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement vor allem der Erstellung eines konkreten Handlungsplans für zivilgesellschaftliche Akteure im ländlichen Raum widmet, bietet die neue Publikation „Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum“ (Buchstein/Heinrich, 2010) den dazu passenden analytischen Hintergrund.

Ländliche und kleinstädtische Milieus sind durch überschaubare Wahrnehmungsräume und enge Sozialgefüge geprägt. In einem Dorf bspw. ist jeder jedem weitgehend bekannt. Distanzierungen von Rechtsextremen und Gegenpositionierungen sind somit ungleich schwieriger als in einer anonymen Großstadt, da sie oft auch eine Abwendung von Personen im engsten sozialen Nahraum bedeuten. Im Umgang mit dem Rechtsextremismus sind daher Unsicherheiten, Hilflosigkeit und Bagatellisierungen beobachtbar. Vielfach entsteht ein politisches Vakuum, in dem kommunal Engagierte sich als Opfer einer undifferenzierten Medienberichterstattung und um eigene Handlungsmöglichkeiten beraubt fühlen oder auf Interventionen von außen skeptisch oder gar ablehnend reagieren. Andere wiederum negieren gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und erklären den Rechtsextremismus als ein allein mit repressiven Mitteln zu bewältigendes Problem. Aus derartigen Handlungsketten kann jedoch die Demokratie in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus kaum gestärkt herausgehen.

Die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung hat das lokale Gemeinwesen als Ort der konkreten Auseinandersetzung von Demokraten mit Rechtsextremen bislang vernachlässigt (vgl. Braun/Geisler/Gerster, 2009). Hinzu kommt, dass sich die wenigen vorliegenden Studien auf urbane Kontexte konzentrieren und den ländlichen Raum in Ostdeutschland mit seinen spezifischen Merkmalen nur selten und lediglich am Rande thematisieren. Im Rahmen eines dreijährigen Forschungsprojektes widmete sich ein Kooperationssteam der beiden politikwissenschaftlichen Institute an den Universitäten Greifswald und Rostock dieser Forschungslücke. Die Ergebnisse

wurden mit der Studie „Rechtsextremismus in Ostdeutschland – Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum“ nun auch veröffentlicht. Unter der Leitung von Prof. Hubertus Buchstein und Dr. Gudrun Heinrich und der federführenden Mitarbeit von Dr. Dierk Borstel, Dr. Kai Langer, Arne Lehmann und Tatiana Volkmann wurden drei exemplarische Regionalstudien und eine sechs Fälle umfassende Sekundäranalyse zu Interaktionen und Strategien der demokratischen als auch rechtsextremen Akteure im ländlichen Raum erstellt.

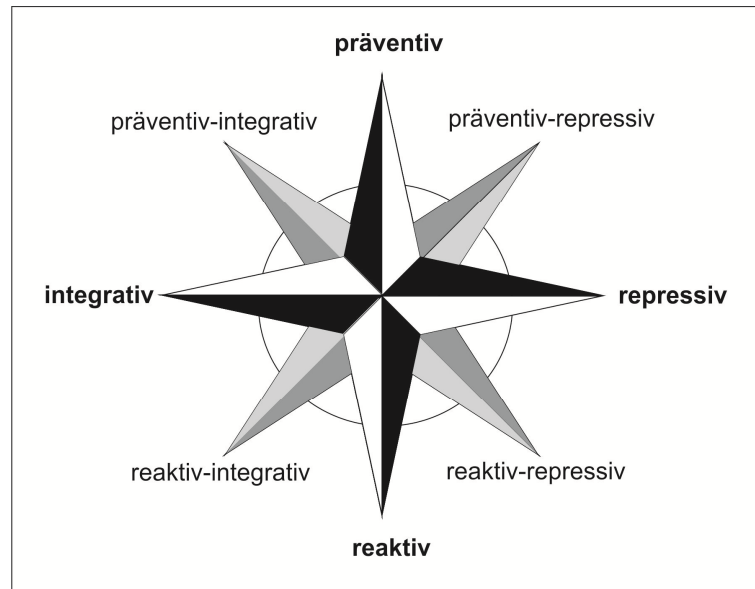
Im Zentrum der ausführlichen Analysen stehen einerseits die mecklenburg-vorpommerschen Regionen Anklam (mit der Hansestadt Anklam und der Gemeinde Ducherow), Ückermünde (Stadt Ückermünde und Gemeinde Ferdinandshof) und Lübtheen (Stadt Lübtheen und Gemeinde Groß Krams). Der Horizont des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern wurde mit Strategieanalysen „Guter Praxis“ im Umgang mit Rechtsextremen in ländlichen Räumen erweitert. Näher eingegangen wird in diesem Zusammenhang auf Erfahrungen in den Orten Rheinsberg, Wittstock, Reinhardtsdorf-Schöna, Ehringshausen, Wunsiedel und Malter.

Von besonderem Interesse für das Forschungsteam waren Fragen nach dem angemessenen politischen Umgang mit dem Phänomen Rechtsextremismus im ländlichen Raum Ostdeutschlands und seinen spezifischen Merkmalen. Wie kann Demokratie gestärkt aus der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus herausgehen? Welche Erkenntnisse aus den Analysen lassen sich als sinnvolle Handlungsalternativen zur Bekämpfung und Prävention des Rechtsextremismus jenseits des Urbanen empfehlen? Eine Annäherung daran bieten die auf den Ergebnissen der insgesamt 12 Einzelanalysen basierenden Strategien und Möglichkeiten erfolgreicher Handlungsoptionen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im ländlichen Raum.

Der im heutigen Sprachgebrauch verwendete Begriff „Strategie“ bezeichnet im übertragenen Sinne eine planvolle Vorgehensweise zur Erreichung bestimmter Ziele. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive definieren Joachim Raschke und Ralph Tils Strategien als „erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen“ (Raschke/Tils, 2007: 127ff). Dabei muss es sich nicht zwangsläufig um stringent ausgearbeitete Konzeptionen handeln. In vielen Fällen erreichen bereits lose gedankliche Entwürfe eine vergleichbare Qualität. Das Kompositum „Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen“ dient Raschke und Tils zur Bezeichnung von Denkoperationen (Kalkulationen), die zwecks Schaffung gewünschter Zustände (strategische Ziele) bestimmte Handlungsmöglichkeiten (strategische Mittel) nahe legen, die auch den relevanten Kontext (strategische Umwelt) im Blick haben. Das Attribut „situationsübergreifend“ soll den wechselhaften Charakter von Situationen betonen, in denen sich konkretes Handeln vollzieht.

Aus dieser theoretischen Herleitung heraus entwickelte das Forschungsteam einen „kommunalen Strategiekompas“ für demokratische Akteure mit vier zentralen Rich-

tungen: Prävention, Repression, Reaktion und Integration. Er unterstützt Praktiker im Feld der Demokratieförderung bei der Entwicklung konkreter Handlungsstrategien im ländlichen Raum, die den jeweiligen Ausgangslagen sowie Bedürfnissen und Potentialen vor Ort angemessen sind.



Im Unterschied zu Raschke/Tils, die erst von einer Strategie sprechen, wenn die relevanten Akteure ihr politisches Handeln intentional an strategischen Überlegungen ausrichten, wird der Begriff in der Regionalstudie auch dann verwendet, wenn sich positive Handlungseffekte nachweisen lassen, die mehr oder weniger ungeplant oder unbewusst, bspw. aus spontanem Handeln, erwachsen sind. Bezugnehmend auf diese Definition wird bei den Handlungsoptionen im Umgang mit und der Prävention von Rechtsextremismus zwischen (a) der strategischen Grundkonstellation, (b) den zur Verwendung gelangenden Mitteln und (c) den mit ihnen intendierten Zielen unterschieden.

a) Hinsichtlich der strategischen Grundkonstellationen, die der Rechtsextremismus im ländlichen Raum lokal aufweisen kann, ließen sich anhand der Regional- und Strategieanalysen drei Typen identifizieren:

1. Gemeinden, in die der Rechtsextremismus durch Ortsfremde von außen hineingetragen wird und in denen der Blick der Kommune nicht in erster Linie auf „eigene“ Fehler oder Defizite gerichtet werden muss; dies hat seinerseits einen förderlichen Einfluss auf die politische Mobilisierung vor Ort.
2. Gemeinden, in denen der Rechtsextremismus nur in Teilen der Kommune verankert und als abweichendes Verhalten wahrgenommen wird. Hier zeigt sich, dass nach der Überwindung einiger Ängste die Mobilisierung breiterer Bevölkerungskreise gelingen kann. Die Initiative zu einem abwehrenden Agieren geht in der Regel von bürgergesellschaftlichen Kräften aus; deren Motive sind nicht selten di-

rekte persönliche Betroffenheit, zentrale individuelle Erfahrungen oder eine grundsätzlich demokratische Werte betonende Einstellung zu Staat und Gesellschaft.

3. Gemeinden, in denen es ansässigen Rechtsextremisten gelungen ist, sich als „Kümmerer“ und in die Gesellschaft integriert zu gerieren. Unter diesen Bedingungen greift vielerorts eine lokale „Schweigespirale“, die den Status Quo verdrängt und Positionierungen sowie Engagement gegen die „eigenen“ Leute nur schwer gelingen lässt. Aus den drei beschriebenen Konstellationen ergeben sich unterschiedliche Restriktionen und Chancen für das Interaktionsverhältnis Demokratie und Rechtsextremismus vor Ort sowie für die Handlungsmöglichkeiten zur Zurückdrängung des Rechtsextremismus. Angesichts der analysierten Befunde bieten sich im Sinne einer „Guten Praxis“ insbesondere zwei Schritte als sinnvoll an: (1) Die Herausarbeitung einer gemeinsamen handlungsleitenden Problemdiagnose vor Ort und (2) der Aufbau und die Stärkung eines Identitätsbewusstseins der demokratischen Akteure sowie ihres gemeinsamen Engagements gegen Rechtsextremismus.

b) Die Regional- und Strategieberichtungen zeigen, dass demokratischen Akteuren unterschiedliche strategische Mittel zur Verfügung stehen und dass die Bedingungen des ländlichen Raumes diesbezüglich einige Besonderheiten aufweisen. Zu den wichtigen Schritten einer „Guten Praxis“ zählt, neben der Bildung eines Netzwerkes und die in ihm zu diskutierenden Problemdiagnosen, eine realistische Potentialanalyse der zur Verfügung stehenden Ressourcen und Möglichkeiten. Dabei bietet sich auch die Unterstützung von außen an, sofern sie sensibel vor Ort eingebunden und aufgrund von Stigmatisierungstendenzen nicht als Bedrohung angesehen wird. Darüber hinaus stärkt eine frühzeitige Einbindung lokaler Verantwortungsträger und ist eine adäquate (Misch-)Wahl aus den Instrumenten Reaktion, Repression, Integration und Prävention angezeigt.

c) Hinsichtlich der strategischen Ziele zeigte sich, dass das Engagement in den untersuchten Orten zunächst durchgehend negativ orientiert ist: gegen die weitere Ausbreitung rechtsextremer Bestrebungen vor Ort, gegen die Okkupation öffentlicher Räume und gegen das negative Image als „rechtsextremer Ort“ bundesweit Schlagzeilen zu machen. Die konstruktive Umkehrung hin zu einer übergreifenden und auch nachhaltig orientierten Zielstellung zur Demokratieförderung im ländlichen Raum muss umsichtig und sukzessiv entwickelt werden. Dabei sind auch die vielfältigen Formen der teils sehr unterschiedlichen individuellen Zielstellungen der beteiligten Akteure zu berücksichtigen. In gleichem Maße wie bei der Erarbeitung einer lokalen Potentialanalyse Ehrlichkeit gefragt ist, verlangt die Entwicklung einer Zielperspektive Bescheidenheit. Die lückenlose Beseitigung des Rechtsextremismus ist ein hehres, aber unrealistisches Ziel. Die tiefergehenden Ursachen des Rechtsextremismus – seien es die Auswirkungen ökonomischer und politischer Desintegration, politische Fehlentscheidungen, spezifische lokaler Problemlagen,

mangelnde Aufarbeitung des historischen Erbes etc. – liegen in der Regel nicht in den Händen lokaler Akteure. Ziele zu formulieren, die mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erreichbar sind, produzieren Frustration und gefährden damit das gesamte Projekt. Aufgrund der Analysen hält das Forschungsteam daher folgende Schritte für sinnvoll: Neben der Erarbeitung einer Problemanalyse ist die einer realistischen und begrenzten Zielstellung sinnvoll. Diese sollte das Machbare im Blick haben und die Breite der Netzwerk-Akteure während sich stets am kleinsten gemeinsamen Nenner orientieren.

- Hierbei ist die Entwicklung einer abgestimmten Strategie sinnvoll. Dies bedeutet nicht zwangsläufig eine Vereinheitlichung aller Maßnahmen vor Ort. Ein gemeinsames Vorgehen – mit unterschiedlichen aufeinander abgestimmten Instrumenten und Maßnahmen – steigert jedoch deutlich die Wirksamkeit.
- Die Zielstellung sollte sich an der lokalen Problemlage bzw. -analyse orientieren. Das Ansinnen, überregionale Strukturen verändern zu wollen, findet nur selten Anhänger und Unterstützer vor Ort.
- Schließlich sollte eine stete Weiterentwicklung der Zielstellung, die sich an der Analyse der bisher erreichten Ziele orientiert und an diese adaptiert wird, erfolgen.

Nicht nur die Demokratie ist als lernendes System zu verstehen, auch der moderne Rechtsextremismus lernt zuweilen hinzu und reagiert auf die demokratischen Antworten mit neuen Aktivitäten. Die politische Auseinandersetzung mit ihm benötigt eine immerwährende Reflektion und gegebenenfalls Änderung der bisher eingeschlagenen Strategien. Antworten, die ursprünglich adäquat waren, können sich im fortschreitenden Entwicklungsprozess als nicht mehr geeignet herausstellen. Für die demokratischen politischen Akteure ist dies eine Herausforderung, die allerdings im Erfolgsfall das politische Selbstbewusstsein und die demokratische Identität stärken.

## **Literatur**

Hubertus Buchstein/ Gudrun Heinrich (Hrsg.), 2010: Rechtsextremismus in Ostdeutschland - Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach/TS.

Braun, Stefan/ Geisler, Alexander/ Gerster, Martin, 2009: Strategien der extremen Rechten - Hintergründe, Analysen, Antworten. Wiesbaden.

Raschke, Joachim / Tils, Ralf, 2007: Politische Strategie - Eine Grundlegung. Manuskript. Hamburg.

**Tatiana Volkmann**, Kommunikationspsychologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Politik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Greifswald. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören partizipative Modelle der Evaluation, Gefährdungen der demokratischen Kultur besonders von rechtsextremer Seite sowie Fragen der Interkulturalität

**Kontakt:** [tatiana.volkmann@uni-greifswald.de](mailto:tatiana.volkmann@uni-greifswald.de)

**Dierk Borstel**, Dr. phil. Politologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören u.a. der Rechtsextremismus, sozialräumliche Modelle der Demokratieentwicklung, Fragen der Zivilgesellschaft besonders im ländlichen Raum sowie der Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis.

**Kontakt:** [Dierk.Borstel@uni-bielefeld.de](mailto:Dierk.Borstel@uni-bielefeld.de)